

Extra-Beilage

zu

Nr. 143 der

Constitution.

Reichstags-Sitzung vom 13. September 1848.

Beim Eintritte in den Saal erblickt man die Kauerung, daß eine chinesische Mauer zwischen Deputirten und Journalisten aufgebaut war. Ihre Bestimmung ist noch nicht entschieden. Einige meinen, es geschehe der Infiltration der Deputirten wegen, andere erklären eine neue Methode einzubringen als Grund. Eben so wenig kann angegeben werden, auf welcher Seite sich das himmlische Reich befindet. Ein Gerücht sagt, daß nächstens für die Journalisten, deren Behandlung rüchrichtlich der Pläze ein abschreckendes Beispiel für alle Kammern gibt, auch Maulkörbe und Handschellen angeschafft, Windischgrätz auf der einen, Radetzky auf der andern Seite als Ordner bestimmt werden sollen. Ob Jelasch wegen der Dreieinigkeits einen Sitz in der Hofloge bekommt, oder dem Präsidenten Strobach zur Unterstützung beigegeben wird, ist ebenfalls unbekannt. Eine Kleinigkeit hat man aber bei diesem neuen Gefängnißbau vergessen, daß man der bedeutenden Erhöhung wegen auch dem Präsidenten leichter in die Karten schauen kann.

Am Beginne der Sitzung bemerkt Strobach, daß die gestrige Druckschrift über croatische Zustände nicht von den Ordnern, sondern vom Abgeordneten Löbner aufgelegt wurde, womit er die gestrige Interpellation Sawliczek (wegen des Pamphlets) für erledigt hält.

Abgeordneter Sobbi bittet um Enthebung von seinem Geschäfte als Ordner des Reichstages, welche bewilligt wird. Geh hin in Frieden. Halleluja!

Die Instruction an den Ministerial-Commissar in den italienschen Ländern, Graf Montecuccoli, wird auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Der Verein deutscher Vertrauensmänner aus Böhmen bittet um Veranstaltung der noch fehlenden Wahlen nach Frankfurt und baldige Festsetzung der Verwaltung für die deutschen Bezirke Böhmens. Sawliczek und Palagzky lachen darüber.

Die Abgeordneten Prestel und Goldmark stellen den Antrag: Es möge der Reichstag beschließen: In Anbetracht der mißlichen Verhältnisse des Gewerbestandes in Wien und in Berücksichtigung der großen Opfer, welche Wien für die Freiheit gebracht, demselben **einen Credit von zwei Millionen** zu unverzinslichen Vorschüssen zu eröffnen.

Diesem Antrage haben sich angeschlossen: Purtscher, Bisland, Krause, Sonntag, Friisch, Mägler, Bilniski, Siera-kowski, Scherzer, Kudlich, Umlauf, Zöpfel, Löbner, Siemer, Polaczek.

Er wird sofort von der ganzen Kammer, mit Ausnahme der **Czechen** unterstützt.

Wir machen hier diejenigen beschränkten oder böswilligen Köpfe, welche stets von Wählern, Republikanern und deren verderblichen Tendenzen schwachen, aufmerksam, daß es zwei Männer dieser Partei waren, welche zuerst sich um denselben Stand annahmen, dessen Verhängung, ja Verläumdung sie tagtäglich ausgeübt waren. Diese Männer, gegen welche nebst ihren Gesinnungsgeossen unlängst erst von der Ministerbank Vorwürfe vorgebracht wurden, haben mehr gethan, als euer vielgeliebtes Ministerium, mehr als alle eure Wohlgesinnten, mehr als Alle, welche mit ihrer Pflicht sich abgefunden glauben, wenn sie eine stumpfe Lanze für das Schwarzgelbthum brechen. Diese Männer Alle in haben ein warmes, fühlendes Herz für das Volk, diese Männer allein stehen ein mit der ganzen Kraft ihres Wortes für

das Volk, nur diese allein sind trotz aller Hindernisse, trotz des kränkelndsten Mißtrauens der Sache der Freiheit bis jetzt treu geblieben, nur diese Männer sind die Hoffnung des Vaterlandes; denn nur ihnen gilt es mehr als die kleinlichen Interessen des erbärmlichen Egoismus. Diese Leute haben noch immer das Vaterland gerettet, wenn die Reaction schon jubeltrunken auf Leichen erschlagener Bürger die blutige Siegesfahne aufzupflanzen vrrmeinte.

Der polnische Abgeordnete Dylewski behauptet, dieser Antrag der angeblichen Humanität sei nur eine Parteifrage. Er sei regelwübrig in der Form, da man ihn durch Unterschriften außerhalb des Hauses unterstütz habe, welche Behauptung aber Prestel in ihrer ganzen Nichtigkeit dadurch hinstellt, daß er ersucht, ihm das Gesetz zu zeigen, welches die Stellung eines Collectivantrages durch mehrere Abgeordnete verbiete. Dylewski, welcher kein solches aufzufinden im Stande ist, wechselt plötzlich seine Ueberzeugung und erklärt sich für tief gekränkt, daß man ihn nicht zur Unterzeichnung gleichfalls eingeladen.

Da werden auf einmal auch die Abgeordneten Pillerzdorf und Leopold Neumann munter, und fühlen sich gleichfalls gekränkt. Es ist doch sonderbar, wie so ein Wohlgestanter über seine Pflichten im Unklaren ist, wie auf die Erklärung eines polnischen Abgeordneten erst den Vertretern Wiens einleuchtet, daß sie sich ebenfalls um ihrer Wähler Angelegenheiten zu kümmern haben.

Löbner aber erwähnt den Gekränkten, daß die Umstände, welche die Dringlichkeit des Antrags begründen, erst gestern spät Abend eingetreten seien, daher keine Zeit übrig war, zu jeden einzelnen Deputirten zu senden.

Abgeordneter Schussekka will an der Wohlthat des beantragten Credits auch die Gewerbsleute um die Linken Wiens, namentlich jene von Fünshaus und Sechshaus theilhabend wissen, da namentlich letztere noch die Nachwehen der Märztagte schwer empfinden.

Dann meint der czechische Abgeordnete Pinkas, daß in Prag auch beschäftigungslose Gewerbsleute seien. Wenn man Wien unterstütze, müsse man dasselbe mit Prag thun, da kein Vorzug gestattet werden könne.

Da betritt der Abgeordnete Prestel die Tribüne, und erklärt, daß vom nationalökonomischen Standpunkte allerdings eine solche Unterstützung nicht als zulässig im Allgemeinen betrachtet werden könne. Hier aber mache er auf die exceptionelle Lage des Wiener Gewerbestandes aufmerksam. Die Gewerreibenden Wiens waren in Folge der schlechten Staatswirtschaft und der gestiegenen Lebensmittelpreise schon vor den Märztagen in einer sehr schwierigen Lage. Es mußte diese, als die heillose alte Gebahrung zum Bruche kam, der Credit aber durch die europäische Bewegung überall ins Schwanken kam, noch trauriger werden. Wien aber mit seinen Bürgern haben sich durch ihre Erhebung für die Freiheit um das Vaterland verdient gemacht. Für die Freiheit und ihren Schutz gegen wiederholte Angriffe habe Wien die größten Opfer gebracht. Er wisse nur auf Eines, auf den angestregten Dienst der Nationalgarde hin. Dieser Dienst sei nicht der Stadt, er sei dem Staate mit unermüdblicher Ausdauer geleistet worden. (Allgemeiner Beifall, alleinige Ausnahme die Czechen, welche stumm bleiben.) Die Nationalgarde Wiens habe den schweren Dienst nicht zum Schutze ihres Eigenthums, sondern der Garantie der Freiheit wegen für ganz Oesterreich übernommen. (Wir entsinnen uns keiner ähnlichen Verdienste Prag's.) Wenn sich andere Städte unzweifelhaft auch in mißlicher Lage befänden,



mache er auf den wesentlichen Umstand aufmerksam, wie schwer Wien namentlich von dem Bürgerkriege in Südbungarn betroffen werde. An diesem aber trage, ob direct oder indirect, der Staat selbst Schuld, daher sei es auch Pflicht des Staates, die Folgen eines solchen Verfahrens möglichst zu lindern. Es sei nicht geholfen mit Almosen, sondern einzig dadurch, daß man dem bedrängten Bürger Mittel zur Arbeit verschaffe in unverzinslichen Vorschüssen. Der Staat verliere sehr wenig, da durch das Anlehen ihm eine Steuerkraft verhalten werde, die sonst zu Grunde gehen müßte. Was aber das Capitel selbst und dessen Rückzahlung betreffe, werde der Verlust gar keiner oder nur ein sehr geringer sein. Dafür bürgen die Ehrenhaftigkeit der Wiener Bürger. Er könne nur das Sprichwort anführen: Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Allgemeiner Beifall begleitet den Redner von der Tribune, dessen sich nur die Czechen enthalten.

So, ihr Bürger von Wien, ist ein Mann für euer Wohl, und was mehr ist, für eure Ehre eingestanden, welcher auf der äußersten Linken sitzt.

Ihm schließt sich Goldmark, ebenfalls von der äußersten Linken, an, welcher bittet, den Antrag sogleich in Berathung ziehen und zugleich auch einen Beschluß fassen zu wollen. Als die Unterstützungfrage gestellt wurde, blieben abermals die Czechen sitzen.

Dagegen wird Pínka's Antrag, die Sache erst der Finanz-Commission zur Berathung zu übergeben, von seinen czechischen Landsleuten und dem ministeriellen Centrum unterstützt.

Goldmark wirft ein, daß selbst 24 Stunden länger hungern eine schwere Folter sei, die Finanz-Commission ihrer Bestimmung nach aber sich bloß mit Untersuchung gescheneher Thatfachen zu beschäftigen habe.

Minister Hornbostel sieht sich veranlaßt, zur Beruhigung zu erklären, daß bekanntlich vor einiger Zeit schon ein Fond von 500,000 fl. bewilligt worden sei, daß heute schon Baarunterstützungen auch an die Swoboda'schen Actionäre abgegeben werden, wofür diese einen Schuldschein an die Staatsverwaltung einzulegen haben. Für den Bedarf des Augenblicks genüge daher dieser Betrag und man könne ohne Unruhe der Finanzcommission den Antrag zur Ausarbeitung binnen 24 Stunden übergeben.

Nun erhebt sich die Blume der czechischen Demokratie, Nieger, um den Abgeordneten der deutschen Stadt Wien, Goldmark, zu höhnen. Wenn die Bürger hungerten, hätte Goldmark es schon lange wissen können. Wenn er es aber gewußt hätte, warum er es nicht früher angezeigt habe und jetzt plötzlich so dränge. Er glaubt, daß 2 Millionen notwendig sein können, deswegen könne man der Finanz-Commission aber immer Zeit lassen. Er wünsche übrigens keinen neuen Credit eröffnet. Der Finanzminister habe die Hoffnung geäußert, daß er die bewilligten 20 Millionen nicht ganz verbrauchen werde. Daher solle von dieser Summe der Betrag entnommen werden.

Trojan der Große beschwert sich, daß die Linke Vorwürfe gegen die Majorität vorgebracht, als für das Staatsbedürfnis nach 14 Tagen 20 Millionen bewilligt worden. Und jetzt wolle man keine 24 Stunden gönnen? Er sei zwar unbekannt mit hiesigen Verhältnissen, aber er verlange 24 Stunden, um seinen Committenten gegenüber gerechtfertigt zu erscheinen.

Abgeordneter Szabel bemerkt, daß in Prestel's Antrag keine Detailausarbeitung, namentlich über die so wichtige Rückzahlung enthalten sei, wofür er die Frist von 24 Stunden verlange. Da tritt denn endlich auch Prestel diesem Antrage bei.

Nun erhebt sich der allezeit getreue, wohlgesinnte Leopold Neumann und versucht sich in dem Manöver, zugleich mit der Majorität und Minorität zu kokettiren. Er spricht von Herz für menschliche Leiden, Panier für die Freiheit erheben, Vorwurf zurückweisen, und daß er allerdings für sogleiche Berathung sei. Nun sei aber ein Minister und seine lieben Freunde auf der Rechten dagegen, und so fühlt er sich trotz Menschenliebe und Bürgertugend bewogen, dem Antrage Pínka's sich anzuschließen.

Derselbe wird angenommen und der Finanzcommission aufgetragen, in der morgigen Sitzung Bericht zu erstatten. Da erhebt sich das ehrenwerthe Mitglied Advocat Hein, einer von den Wohlgesinnten, und meint, wenn heute die Sitzung erst um 2 Uhr aufgehoben würde, so seien bis Morgen 9 Uhr noch keine 24 Stunden verfloßen, daher könne

erst in übermorgiger Sitzung die Finanzcommission eine Vorlage machen.

So, ihr Bürger von Wien, hat in einer so wichtigen Angelegenheit einer von den Wohlgesinnten gesprochen, die jeden Ausspruch des Ministers wie ein Evangelium verehren, einer von den Wohlgesinnten, welche stets das Lösungswort: Ruhe um jeden Preis im Munde führen. Wir müssen hier aber bemerken, daß Präsident Strobach den sehr gelehrten Advokaten kurz und treffend abfertigte der Präses der Finanzcommission, Piller'sdorf, aber sogleich erklärte, der Finanzausschuß werde unbedingt bis morgen seine Arbeit liefern.

Borrosch, ein Mitglied dieses Ausschusses, will, daß derselbe eine Stunde nach Schluß der Sitzung zusammen trete, der Handels und Finanzminister aber beigezogen werde. Kriegsminister Lator erklärt auf Goldmark's Interpellation an das Ministerium in letzter Sitzung, daß Englands und Frankreichs Mediation angenommen sei, daß man einen Krieg vermeide, ihn aber für die Rationalehre jedenfalls führen werde. Fürst Schwarzenberg (dessen diplomatische Laufbahn kürzlich in diesem Blatte enthalten war) sei Oesterreichs Vertreter. Modena sei ein Verbündeter Oesterreichs und habe daher Anspruch auf dessen Schutz. Die auf Italien bezüglichen Acten werde das Ministerium nicht vorlegen.

Wir erinnern uns, daß derselbe Minister vor kurzer Zeit erklärte, österreichische Truppen seien in Modena nur aus strategischen Rücksichten eingerückt, bloß der stürmische Jubel des Volkes habe den verjagten Tyrannen zurückgerufen. Heute steht das Schutz- und Trugsündniß mit Modena als Grund da und doch hat es in der Thronrede geheißen: Der Krieg in Italien sei keineswegs gegen die Freiheitsbestrebungen des Volkes gerichtet.

Eins von dem Allen ist erlogen. Will uns der Kriegsminister nicht sagen, welches? Will uns das Ministerium nicht mittheilen, ob nicht auch der weiche Czár noch der Bundesgenosse des freien Oesterreichs ist? Oder ist die tägliche Versicherung des lächelnden Mephistopheles der Gerechtigkeit, das Ministerium lebe und sterbe für die Freiheit nur eben ein Teufelschwanz?

Abgeordneter Goldmark entgegnet, die Minister seien sowohl Räthe der Krone, als Minister des Volkes. Sollte die Verantwortlichkeit nicht eine Lüge sein, so müsse die Kammer vollständig Kenntniß von den Schritten des Ministeriums haben, daher er ersuchen gegen die Verweigerung der Acten protestire. Es könne nicht zugegeben werden, daß Familienbündnisse auch gegen Völkerfreiheit aufrecht erhalten werden. Wie ein Ministerium, angeblich der demokratischen Partei, Bündnisse aufrecht erhalten könne, die Metternich geschlossen habe. Die servile Majorität will ihn nun des geliebten Ministeriums Willen durch Lärmen unterbrechen. Er aber wahrte sich die Freiheit des Wortes, bestehn auf seine Behauptung und verlange überdies wiederholt die noch immer verzögerte Vorlage der Acten über die Waiereignisse.

Präsident Strobach flüchtet sich endlich hinter die Geschäftsordnung und schneidet, kraft dieser, jede weitere Verhandlung ab.

Abgeordneter Neuwall stellt, nachdem er versichert hat, er wolle keine Verlegenheit bereiten an das Ministerium die Fragen: Kennt das Ministerium die Ursachen der gestrigen Vorgänge? Kennt es die Lage der mittleren und unteren Gewerbsklassen? Was hat das Ministerium zur Aufklärung über das Swoboda'sche Unternehmen verfügt? Welche Maßregeln der Erleichterung sind für Gegenwart und Zukunft getroffen? Nachdem das Volk instinctmäßig den Weg der Abhilfe angezeigt, ob für die Stadt Wien nicht auf Grundlage eines Theils ihres Besitzes eine Leib- und Discontobank, namentlich für kleinere Gewerbetreibende, errichtet werde?

Der Handelsminister Hornbostel (der einzige Minister, welcher reden kann) eröffnet, es kenne das Ministerium die Ursache der gestrigen Bewegung. Geräuschte Hoffnung habe die Aufregung erzeugt, da ein Privatverein Versprechungen machte, die sich als unausführbar herausstellten. Man habe Actien ohne Fond hinausgegeben, die einen Vertrauens-Cours genießen sollten. Dieser konnte nicht erzielt werden, weil auf den Papieren keine Garantie ersichtlich war, welche eben gesucht wurde. Das Ministerium habe den Geschäftsleuten bedeutet, daß hier eine Schwindelerei beabsichtigt werde, und habe vor Swoboda gewarnt. Dieser wendete sich nun an den Gemeindevorstand, welcher auch keine Garantie geben konnte. Das Begehren darum wurde gestern an das Ministerium des Innern gestellt und dieses mußte die Erklärung abgeben: daß der Staat keine Garantie für Privatvereine bieten könne. — Es kenne das Ministerium die

traurige Lage der Gewerbetreibenden. Schon die Getreidetheuerung des verfloffenen Jahres habe Nothstandsbauten erfordert. In diesem Jahre seien die politischen Ereignisse in ganz Europa dazu gekommen. Er sei der Ueberzeugung, daß ein directer Eingriff des Staates in die Industrie nicht rathsam sei. Der Staat kann nicht abhelfen, sondern bloß unterstützen. Eine Hebung des Gewerbestandes sei eine Unmöglichkeit. Deswegen habe sich das Ministerium des directen Einflusses enthalten. Gegenwärtig seien leider die letzten Mittel der Bedrängten schon aufgezehrt.

Viele können nicht arbeiten, weil sie kein Material haben. Diesen Leuten Arbeit zu geben, sei ein Comité niedergelegt. Dieses sei in Thätigkeit und habe sich mit bedeutenden Exporteurs in Verbindung gesetzt, welche die auswärtigen Verhältnisse kennen. Nach Bedarf werden dann Bestellungen gemacht werden. Es seien aber viele Gewerbszweige, die in dieser Art nicht unterstützt werden können, da sie bloß Hülfсарbeiter seien und keine fertige Waare liefern. Solche seien meist bei Smoboda betheiltigt, vor dem seiner Zeit auch der Sicherheitsausschuß gewarnt habe. Leider sei es eben ein Uebelstand der Noth, daß man sich auch an den letzten Strohhalme halte. — Endlich sei das Vermögen Wiens nicht unbelastet. So habe namentlich heuer ein Vorschuß für die Bauten von der Nationalbank entnommen werden müssen. Das Ministerium könne in einer Gemeindeangelegenheit, wie die Errichtung einer Discontobank, nicht sofort Auskunft geben. Er werde aber unverweilt den Antrag darauf machen und spreche seine persönliche Ueberzeugung dahin aus, daß er sehr viele Vortheile davon erwarte.

Abgeordneter Neuwall fragt ferner den Kriegsminister, ob nicht durch Beschäftigung in Monturserzeugung den Civilarbeitern Verdienst gegeben werden könne.

Kriegsminister Latour erklärt sich bis jetzt durch Contracte gebunden, will aber für zukünftige Arbeiten Rücksicht nehmen. Mehrere noch angekündigte Interpellationen an das Ministerium scheidet Ströbäck durch die Geschäftsordnung ab und es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Auf dieser steht Straßers Antrag auf ein Dankesvotum für die italienische Armee.

Abgeordneter Straßer erzählt eine politische Parabel à la Ebersberg, in der von einem davongegangenen Wirtschafters-Berwalter, gedrückten Unterthanen im Süden, einem falschen Freunde, der sie unter Freiheitsvorpiegelung im Vereine mit einer Kaste habe unterjochen wollen. Die Unterthanen aus den andern Herrschaften haben aber widerstanden, nur nach Verlauf von kurzer Zeit war der Besitz wieder gerettet. Darüber hätten dann alle Wohlgesinnten gebuhelt und Adressen geschickt, wie die steierischen Stände und das Frankfurter Parlament. Nur unsere Kammer habe dies versäumt. Denn als Selinger in wahrer patriotischer Begeisterung Bewilligung des Votums unbedingt verlangt habe, forderte die Link-Discussion. Das werde allen Wohlgesinnten ein Räthsel sein. Nun wird denn dieses politische Sodom und Gomorra zu Neu und Leib aufgefordert und dann über die schlechte Presse losgezogen. Bemerken müssen wir hier, daß sich der Abgeordnete gegen jede Beurtheilung vom demokratischen Standpunkte verwahrt. Er wünsche Diskussion, damit jene Mitglieder bekannt würden, welche einem Feinde des Vaterlandes auf der Gloggnitzer Bahn entgegen fahren und ihm: Heil dir im Siegerkranz zuzubeln möchten. Oesterreich müsse das Australien des neunzehnten Jahrhunderts werden.

Genau und Wendig seien die zwei Strupsen, mit welchen Carl Albert den Stiefel Italien anziehen wolle. Das Rest des österreichischen Doppelablers sei von der warmen Freiheitssonne beschienen, wenn endlich die Versammlung nicht gleich bestimmen wolle, möge sie zur Tagesordnung übergehen.

John widerlegt Abgeordneter Borowski in einer geistvollen Rede. Eine Parabel, wo Nationen mit Wirtschaftsknechten verwechselt wurden, und allenfalls ein englisches Zeitungsblatt seien noch lange kein Grund für ein Dankesvotum. Es frage sich, ob wirkliche Vortheile errungen worden? Große Siege kosten viel Menschenblut, das nicht im Zeitalter der Freiheit nach dem System des Absolutismus vergossen werden dürfe. Man sei Patriot, wenn man auch kalte Ueberlegung sich bewahre. Es frage sich, ob der Krieg gerecht sei? Die Armee müsse die Meinung der Thronrede theilen, sonst sei von Ehre der Waffen keine Rede. Schritt und Tritt machten diese nicht aus, oder Armee und Despotie wären gleichbedeutend. Er bebauere seine Landsleute, die an den italienischen Tro-

phäen Theil nehmen. Wird man die Kammer für eine Versammlung freier Männer halten, wenn die Unterjochung einer freien Nation mit ihren Begriffen vereinbar sei? Sollte das Volk in Wien souverain sein und in Italien nicht? Die alten Banden Oesterreichs waren Ketten und Fesseln. War es der Mühe werth, sie zu brechen, wenn man gleich wieder neue schmiedet? Was man wohl dann für Gesichter machen werde, wenn allenfalls die Armee vor den Thoren von Wien stünde. Lärm von den Wohlgesinnten. Latour beginnt den Abgeordneten zu unterbrechen. Löbner und Sierakowski wollen den Minister zur Ordnung gerufen, der Präsident weist ihn hin, daß er keine Rede unterbrechen dürfe. Der Abgeordnete fährt fort: Seit den Märztagen habe das Wort Pflicht eine neue Bedeutung erhalten. Wollte man Pflichterfüllung im alten Style nehmen, so habe die Armee auch in Krakau und Prag und nur in Wien nicht ihre Pflicht gethan. Die Pflicht des Reichstages sei, nicht durch das beantragte Dankesvotum eine Armee zu verdächtigen, deren neuer Beruf Vertheidigung der Freiheit sein soll.

Der Redner verläßt unter stürmischem Beifalle die Tribüne. Latour speit Feuer und Flammen.

Noch sprechen Bioland, Fuster, Borrosch, da betritt der Kriegsminister die Tribüne und erklärt, er habe eine Anzeige erhalten, daß sehr gefährliche Umtriebe geschehen, eine aufrührerische Versammlung auf der Aula gehalten werde. Die Legion wolle das Ministerium stürzen und den Reichstag sprengen.

Zugleich haben 4 Bezirkschefs, darunter jener der Leopoldstadt und der Commandant der Nationalgarde-Cavallerie erklärt, ohne Militär nicht ausdrücken zu können, das Ober-Commando habe daher militärische Hülfе nachgesucht. Das Militär sei ausgerufen, und man werde nur im Nothfalle einschreiten.

Man will die Sitzung schließen, da tritt Löbner auf und fordert stürmisch, daß sich der Reichstag in Permanenz erkläre.

Die Wohlgesinnten sind überrollt, ohne zu wissen, was sie thun, stimmen sie bei und Löbners Antrag wird angenommen.

Der Reichstag erklärt sich permanent.

Der Justizminister Bach aber wird bleich vor Wuth. Borrosch fragt, wer die Anzeige gemacht hat. Da stellt es sich heraus, daß es ein ~~unbekannter Schriftsteller~~ ^{unbekannter Schriftsteller} ist, welchen solche Vorkehrungen von Seite des Kriegsministers nothwendig gemacht hat. Borrosch entgegnet ganz richtig, wer so feig sei, seinen Namen nicht zu unterschreiben, verdiene keine Berücksichtigung am allerwenigsten solche Maßregeln.

Abgeordneter Goldmark stürmisch aufgeregt, ruft, daß solche Maßregeln, wie die gegenwärtigen, nothwendig die Ruhe gefährden. Wie gestern Militär austrat, stieg die Erbitterung. Er könne nicht glauben, daß die Legion eine Sprengung des Reichstages beabsichtige. **Das Ministerium sei unbeliebt, der Reichstag nicht.** Die Permanenz habe aber keinen Sinn, wenn der Reichstag nicht von jedem Schritt verständigt werde, zu jedem seine Zustimmung gebe. Er forderte, daß kein Militär aufgebieten werde, bis authentische Documente vorliegen. Er gehe unverzüglich nach der Aula, sich selbst zu überzeugen. Wollte man indessen einen Conflict herbeiführen, solle man nur Militär ausdrücken lassen.

Da erklärte Kriegsminister Latour, das Militär sei bereits in die Stadt gerückt, und wenn man es unverrichteter Dinge wieder nach Hause senden wolle, lege er sein Amt nieder.

Also wieder das beliebte Zwackeisen einer perfiden Kabinettsfrage. Auf der einen Seite ein abgedankter Minister, auf der andern Bürgerblut, oder im Ministerialausdruck Rebellenblut! Weiß Gott! Eine Wahl, bei der man nicht einen Augenblick schwanken konnte! Ein Kriegsminister Latour kann verschwinden, aber die Ruhe der Stadt Wien darf nicht durch reactionäre Kniffe gestört werden. Wir können blind in die Arme greifen und finden Duzende Besserer, als der Gegenwärtige.

Abgeordneter Brestel weist darauf hin, daß nicht die Nationalgarde, sondern nur einzelne Bezirkschefs um Militärhilfe angefragt, daß der provisorische Ober-Commandant endlich keineswegs der Repräsentant der Nationalgarde sei. Ueber diese Bemerkung machen die Geschehen abermals Lärm. Der Abgeordnete aber beweist, daß derlei voreilige Maßregeln stets nur den Crawl hervorgerufen oder vergrößern.

Abgeordneter Löbner erklärt, er wolle die Permanenz, daß bei

den Umständen, welche der Kriegsminister angeführt habe, im Interesse des Staates und der Freiheit nicht bloß die Executivgewalt, sondern der Reichstag, welcher über Allen stehe, entscheide. Daher solle von halber zu halber Stunde zuverlässiger Bericht gegeben werden.

Der Mephistopheles der Gerechtigkeit, dem die Vereinbarung eines Krawalls allen Anzeichen nach ganz in seinen Kram zu passen scheint, entgegnet zornig, daß Löhners Antrag das Ministerium seiner Functionen enthebe. Der Reichstag wolle die Executivgewalt übernehmen, wozu er gar keine Befugniß habe. Allerdings sei gestern von der Nationalgarde Militärassistenten gefordert worden, weil der Minister des Innern zur Flucht in Vertheidigung gezwungen worden. Der Obercommandant sei der Repräsentant der Nationalgarde. Der Minister übernehme die Verantwortlichkeit für Alles, trotz jeglicher brutaler Anfeindung. Doch möge man es ihm jetzt nicht unmöglich machen, wo Ordnung und Geseßlichkeit aufrecht erhalten werden sollten, einzuschreiten. Bewegungen, wie diese, gingen von den Feinden der Freiheit aus. In dem Augenblicke, wo die Majorität des Reichstages ein Mißtrauen in den Freiheitsinn des Ministeriums setze, müsse es abtreten. Wenn sich die Minister von ihrem Gefühle hätten hinreißen lassen, so würden sie schon ganz andere Maßregeln ergriffen haben.

Wir aber entgegnen einfach, Löhners Antrag enthebt das Ministerium seiner Functionen nicht, aber er schützt das betrogene und gequälte Volk gegen die Vereinarer der Bluthochzeit vom 23. August, er bewahrt die Männer Wiens vor den Fallstricken der Reaction. Wozu der Reichstag Befugniß habe oder nicht, hat er allein zu entscheiden.

Der Nationalgarde Ober-Commandant ist keineswegs der Repräsentant der Nationalgarde, denn seinem Benehmen nach ist er entweder ein Spießgeselle der Reactionäre oder eine feige Memme und weder in einem noch im andern Falle vertritt er die überwiegende Majorität der Nationalgarde. Wir bemerken ausdrücklich, daß wir für diese Behauptung dem Obercommandanten der Nationalgarde zu jeder Zeit und in jeder beliebigen Weise Rechenschaft stehen. Der Minister spricht von den Feinden der Freiheit, welche diese Bewegung veranstalten. Auch wir sind vom gemachten Spectakel überzeugt, auch wir erkennen als seine Urheber die Feinde der Freiheit. Sie sitzen auf der Ministerbank. Der Advocat, der um ein Lächeln der Samarilla das Volk verrät, auf dessen Schultern er empor gestiegen, der Soldat, welcher seine Ministerkanzlei für ein Naußschloß und die freien Wiener Bürger für gute Denta hält, der Journalist, welcher schändlich von der Partei abfiel, der er anzugehören vorgab und für ein Portefeuille einen Bartholomäustag veranstaltet, diese sind die Feinde der Freiheit. Die Minister, welche sich von ihrem Gefühle hinreißen lassen, verdienen Kerker und Tod, denn der Staat verlangt von ihnen Verstand und Leitung, aber nicht Leidenschaft und Brutalität.

Der erste Feind des Volkes ist die Samarilla, deren Bundesgenosse die Reaction und die betrügende und betrogene Creatur beider das Ministerium.

Abgeordneter Zierakowski stellt den Antrag: 1. Es solle das Militär nur mit Erlaubniß des Reichstages die innere Stadt betreten. 2. Der Sicherheitsausschuß soll reorganisiert werden. 3. Die Obercommandanten der Nationalgarde und Legion sollen zur Berichterstattung vor die Schranken des Hauses beschieden werden.

In diesem Augenblicke erscheint ein Abgeordneter, welcher selbst an den angeblich vom Aufruhr erfüllten Stellen war, und erklärt die anonyme Zuschrift, jene Nationalgarde-Obercommandanten und Cavallerie-Commandanten für schändliche Lügen, das Benehmen der Nationalgarde aber gelinde für Zweideutigkeit.

Abgeordneter Schuselka erklärt, nicht die Legion, sondern eine andere Partei mache Krawall. Er erinnere nur an den 26. Mai.

Daß dagegen hat keine Besorgniß vor Reaction. Ganz natürlich! Gute Freunde kennen sich.

Klaudy meint, man dringe überall den Studenten eine Menge Dinge auf, welche sich noch stets als Lügen herausstellen.

Trojan beantragt ein Dankesvotum an Latour, eine Zerknirschungsadresse an das hohe Ministerium, Bomben und Kartätschen für die Wähler, welche stets von Reaction heulen.

Borrosch dagegen ist überzeugt, daß eine anarchische Partei nichts mit der heutigen Bewegung gemein haben könne. Sie würde ihre Mittel sonst wohl besser berechnet haben. Von der Reaction aber sei es colossaldumm, blind loszuschlagen, da sie durch das Umringeln parlamentarischer Vorgänge weit entscheidender und gefährlicher wirken könne.

Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde vertagt. Die Minister haben sich entfernt.

Endlich erscheint Hornbostel und berichtet, die Gardes hätten erklärt mit dem Militär stehen zu wollen und das Ministerium habe das Ansuchen um Reorganisation des Sicherheitsausschusses abgeschlagen.

In einer spätern Nachricht theilt er mir, daß es am Hof zu einem Conflite gekommen, da ein Trupp mit Betteln auf den Gärten eine gewaltsame Demonstration versuchte.

Minister Schwarzer erscheint und erklärt in ganz brutaler Redeweise, daß zwei bewaffnete Haufen, jeder zu 500 Mann, auf den Hof gerückt wären. Er hat sie zwar zählen können, weiß aber nicht, ob sie in geregelten Abtheilungen ankamen. Er spricht von Mützen um das alte Revolutionstribunal, erklärt aber, da Borrosch seine Angabe schriftlich verlangt, nicht dafür haften zu können, da diese Gerüchte nur von untergeordneten Organen herrührten. Um 6 Uhr schreibt Bach, die Nationalgarde geführt von Akademikern beharre in der Wiederseßlichkeit, die Rebellen seien zum Theile auf ergangene Aufforderung abgezogen.

Die Gutgestimmten würden die Rebellen zu Paaren treiben.

Doliak beschimpft den Sicherheitsausschuß in gemeinster Weise und überschüttet ihn mit schändlicher Verläumdung wegen des 24. August. Hornbostel bringt die Nachricht, daß Barrikaden an der Aula gebaut werden, daß um 8 Uhr Republik ausgerufen werden soll. Das Ministerium fordert unbedingte Ermächtigung zum strengsten Einschreiten. Es kommt Abgeordneter Cavalcabo von der Aula und beweist die Lügenhaftigkeit der ministeriellen Berichte, erzählt auch, daß Fuster die Gemüther mit glänzendem Erfolg beschwichtigt. Da erscheint Kudlich und meldet, daß ein Bataillon mit 6 Kanonen gegen die Aula marschire, die Entrüstung wird allgemein. Smolka fordert foglich Zurückziehung und Conspiration des Militärs, was angenommen wird. Scherzer, Lasser, Hein, Smolka, Pinkas gehen als Commission ins Ministerium, Borrosch, Brauner, Schuselka, Violand, Cavalcabo nach der Aula. Goldmark kommt von der Aula. Sie ist vollkommen ruhig. Die Arbeiter aber sind auf den ersten Wink bereit.

Lasser bringt die Nachricht, daß das Ministerium das Militär nur nach und nach und bedingt durch strategische (!) Rücksichten zurückziehen wolle. Goldmark bringt auf Ausführung des Kammerbeschlusses. Der Czche Pinkas vertheidigt das Ministerium, der Czche Hawliczek hat die Stirne, auf Tagesordnung anzurufen. Borrosch und Schuselka kommen von der Aula und jollen der Legion alles Lob, welche über ihre Verdächtigung von Seite des Ministers entrüstet ist. Smolka langt vom Ministerium an, und erklärt, daß man den Kammerbeschuß noch immer nicht ausgeführt habe. Der Czche Pinkas vertheidigt die Minister, der Czche Trojan will Schluß der Debatte, Doliak und der Czche Hawliczek schreiben Tagesordnung, bis Violand Abstimmung durch Namensaufruf verlangt, damit man jene kennen lerne, welche Blutvergießen wollen. Endlich geht der Beschluß durch, daß eine Commission das Ministerium bei seiner Verantwortung auffordere, fogleich das Militär zurückziehen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

So hat der Reichstag trotz der Schreier Doliak und Hawliczek, denen Bürgerblutvergießen in den Straßen unserer Vaterstadt wohl ein Schauspiel dünken mochte, des Volkes heiliges Recht einem verrätherischen Ministerium und der schon siegesgewissen Reaction gegenüber dennoch gerettet.

Der Abgeordnete Löhner hat sich um Freiheit und Vaterland hochverdient gemacht.

Bürger von Wien! Ihr kennt jetzt eure Feinde! Laßt nicht eine zweite Lehre dieses Tages an Euch unbenützt vorüber gehen, wie jene des 23. August, wo ihr zuerst der Reaction in die Falle gegangen seid. Bürger von Wien! Deutschland hat Euch seine Freiheit anvertraut! Ihr seid 40 Millionen Brüdern verantwortlich!

Niederhuber.

Preis des Blattes 2 fr. Conv. Münze.

Gedruckt bei Franz Eden von Schmid.